

Was ist der Bedarf? Was ist das Angebot?

Studie zur Auswirkung des demografischen Wandels auf die Wohnformen

Die Menschen werden älter. Oder eleganter gesagt: Der demografische Wandel ist auch im Freistaat Sachsen zu beobachten. Er rückt vermehrt in den Mittelpunkt politischer und gesellschaftlicher Diskussionen. Erste Studien haben die mit dem Bevölkerungsrückgang einhergehende Verschiebung zugunsten älterer Bevölkerungsgruppen quantifiziert. Man weiß: Diese Bevölkerungsalterung führt zwangsläufig zu einem deutlichen Anstieg der Zahl pflegebedürftiger Personen, zu Mehrbelastungen für öffentliche Haushalte, Sozial- und Pflegekassen, private Haushalte sowie zu Nachfrageänderungen in der Wohnungswirtschaft hin zu bedarfs- und altersgerechtem Wohnraum. Das war dem Verband Sächsischer Wohnungsgenossenschaften e. V. (VSWG) Anlass genug, in Kooperation mit dem Gesundheitsökonomischen Zentrum (GÖZ) der Technischen Universität Dresden und der ATB Arbeit, Technik und Bildung gemeinnützige GmbH, mittels einer Studie die unterschiedlichen Wohnformen zu untersuchen. Im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums des Innern hat man diese unterschiedlichen ambulanten und stationären Wohn- und Versorgungsformen volkswirtschaftlich analysiert, um den zukünftigen Anforderungen einer bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung bis 2030 sowie bis 2050 mit einer optimalen und nachhaltigen Verteilung der notwendigen ambulanten und stationären Wohn- und Versorgungsformen im Rahmen effektiver Städtebau- und Stadtentwicklungsstrategien entgegenzutreten zu können. Drei Fragen standen oben: Was ist der Bedarf? Was ist das Angebot? Wie regelt sich die Finanzierung?

Deutlich mehr Zuschüsse

Und das war das Ergebnis: Als kostenintensivste Faktoren stellen sich die Betreuung von Personen mit eingeschränkter Alltagskompetenz und die Berücksichtigung der Kosten für Leistungen der häuslichen Krankenpflege nach SGB V dar. Bleiben bestimmte Leistungen unberücksichtigt, ist eine stationäre Unterbringung nur in den Fällen um 14 bzw. 25 Euro monatlich kos-

tengünstiger, in denen die betreffenden Personen Pflegestufe 2 mit eingeschränkter Alltagskompetenz haben und in einem Ein-Personen-Haushalt leben, unabhängig vom Anspruch auf Grundsicherung. „Alle anderen Pflegestufen und Haushaltsformen zeigen eine vorteilhaftere häusliche Versorgung“, so Alexander Karmann, Seniorprofessor des Gesundheitsökonomischen Zentrums. Hierbei wurde bereits mit einem durchschnittlichen Mietpreis von 7 Euro pro Quadratmeter kalkuliert, um barrierearme Wohnungen mit technischen Assistenzsystemen auszustatten. Bei entsprechend niedrigeren Mieten ergäbe sich eine noch vorteilhaftere häusliche Versorgungssituation. Der heutige Mindestgesamtbedarf an barrierearmen Wohnungen in Sachsen kann damit – allein aus den Zahlen für pflegebedürftige Personen – mit rund 93 000 Wohnungen angegeben werden. Die Forderung nach einem weiteren Sofortausbau zur Schaffung von etwa insgesamt 100 000 barrierearmen Wohnungen in Sachsen scheint angesichts des Interesses auch jüngerer, noch nicht pflegebedürftiger Personen realistisch. Langfristig ist mit einem weiter steigenden Bedarf an barrierearmen Wohnungen zu rechnen: Denn bis 2050 wird gemäß Status-quo-Szenario die Anzahl der Personen, die pflegebedürftig sind und nicht stationär untergebracht werden können, um über 50 Prozent steigen. Immerhin: „Den Pflegebedürftigen steht ab diesem Jahr für Verbesserungen ihres Wohnumfeldes deutlich mehr

BfD

Bauen für Dresden GmbH

» Dachgeschossausbau
» Altbausanierung » Innenausbau

Enno-Heidebroek-Str. 4-6 | 01237 Dresden
Tel.: 0351 417 51-19 | Fax -20
Internet: www.bauen-fuer-dresden.de

Geld zur Verfügung“, sagt Paul Friedrich Loose, Landesgeschäftsführer der BARMER GEK in Sachsen. „Statt bislang rund 2 500 Euro sind es aktuell bis zu 4 000 Euro Zuschuss je Umbaumaßnahme.“ Das bedeute für die Betroffenen eine erhebliche finanzielle Entlastung.

„Beim Thema Wohnen kulminiert sehr vieles. Die Wohnung soll das Klima retten, Gesundheitsstandort sein, Pflegeheime ersetzen, und dies alles bei möglichst sinkenden Mieten“, zog Axel Viehweger, Vorstand des VSWG, ein Fazit. „Um diese komplexe Problematik zu lösen, ist eine stärkere Vernetzung der einzelnen Ressorts nötig, um ressortübergreifend Kompromisse zu finden, die nicht zwingend zusätzliches Geld erfordern, sondern lediglich ein Wollen.“ Nur mit Ehrlichkeit im Umgang, dezentralen Lösungen im ländlichen Raum sowie der ganzheitlichen Betrachtung von Quartieren könnten die Weichen für die nächsten Jahre gestellt werden. „Schließlich ist die Wohnungswirtschaft eine Branche, die für zehn bis 15 Jahre im Voraus plant und immobil ist.“ (sz-immo)

